

fe teilen die Diagnose der objektiv beinahe ausweglosen Situation im Bistum Chur, wie sie Weihbischof Vollmar vorgenommen hat. Sie konstatieren vor allem einen gravierenden Mangel an Vertrauen im Bistum Chur, das Grundlage für alle Aufgaben der Kirchenleitung sein muß. Die Bischöfe sind deshalb zur Überzeugung gekommen, daß der bisherige Lösungsversuch, mit der Einsetzung von Weihbischöfen Frieden und Versöhnung im Bistum Chur zu finden, nicht zum Ziel führen konnte. Die Bischöfe anerkennen dankbar, daß die beiden Weihbischöfe sich unendlich bemüht haben, die ihnen vom Papst anvertraute Mission zu erfüllen. Mit ihnen müssen die Bischöfe aber leider feststellen, daß ihre Mission nicht erfüllbar ist.

Die Schweizer Bischöfe sind sich bewußt, daß auch nach einer Demission des Diözesanbischofs keineswegs alle Probleme gelöst wären. Diese Probleme waren schon vor dem Amtsantritt von Bischof Haas vorhanden, und sie würden selbst nach einem Bischofswechsel noch weiter bestehen. Trotzdem sind die Bischöfe überzeugt, daß mutige Schritte notwendig sind, um Wege in die Zukunft zu finden, und daß eine neue Vertrauensbasis ohne personelle Verschiebungen nicht möglich sein kann. Die Bischöfe leiden mit vielen Gläubigen, Seelsorgerinnen und Seelsorgern und Priestern an Glaubwürdigkeitsverlust unserer Kirche, der mit der ungelösten Situation im Bistum Chur droht. Die Bischöfe

sehen ihre Verantwortung und setzen sich im Rahmen ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten für eine gute Lösung ein.“ Diese „kirchenpolitische“ Polarisierung läßt zuweilen vergessen, daß die kirchlich relevante Verunsicherung anderer, grundsätzlicher Art ist und nicht nur das Bistum Chur und nicht nur die römisch-katholische Kirche betrifft. Sie äußert sich in einer stetigen faktischen Verabschiedung getaufter Christen und Christinnen aus dem Raum kirchlicher Gemeinschaft und christlicher Lebensorientierung. Deshalb arbeitet die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Schweiz seit 1995 am Thema der Weitergabe des Glaubens. Weil sie darüber mit den kantonalen Arbeitsgemeinschaften, aber auch mit möglichst vielen an diesen Fragen interessierten Personen und Gruppen ins Gespräch kommen möchte, hat sie ein *Impulspapier* erarbeitet. Dieser Prozeß gemeinsamen Nachdenkens soll im Herbst 1997 in eine größere ökumenische Konsultation einmünden, von der die Arbeitsgemeinschaft hofft, „daß sie ein paar möglichst praxisnahe Perspektiven für ein sach- und adressatengerechtes Weitergeben des Glaubens an der Wende zum nächsten Jahrtausend aufzeigen wird“. Sollen mit diesem Prozeß Verunsicherungen abgebaut werden, braucht es aber nicht nur überzeugende Einsichten, sondern auch eine dem kirchlichen Raum angemessene überzeugende Führung.

Rolf Weibel

## „Überzeugende Entwürfe fehlen“

### Fragen an den Politologen Thomas Meyer

*Immer weniger Menschen scheinen sich politisch engagieren zu wollen, zugleich verstärkt sich das Unbehagen gegenüber der Politik und den in ihr Tätigen: Zu weit seien diese von den wirklichen Lebensfragen der Gesellschaft entfernt. Darüber sprachen wir mit dem Dortmunder Politologen und wissenschaftlichen Leiter der Akademie der politischen Bildung in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Thomas Meyer. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.*

**HK:** Herr Professor Meyer, im Vorwort zur deutschen Ausgabe von „The spirit of Community“ hat Sie der Vordenker der politisch-sozialen Bewegung der „Communitarians“ in den USA, der Soziologe Amitai Etzioni, als einen Vertreter kommunitaristischen Gedankengutes bezeichnet. Hegen Sie tatsächlich ungeteilte Sympathie für die Kommunitaristen?

**Meyer:** Ich halte den kommunitaristischen Impuls für wichtig, wesentlich und fruchtbar. Der Gedanke, daß eine Gesellschaft zunächst einmal schauen sollte, wie sie ihre Probleme selbst lösen könnte und erst danach fragt, was der Staat tun kann und soll, ist richtig und gut. Allerdings mußten die Kommunitaristen diesen Gedanken nicht neu erfinden; ihr

Verdienst besteht darin, wieder neu darauf hinzuweisen. Ebenso richtig ist ein zweiter zentraler Kerngedanke des Kommunitarismus, der aber wiederum ein alter aristotelischer ist, nämlich, daß Moral einer Infrastruktur bedarf. Nur wenn ich mit anderen gemeinsam in gegenseitiger Verantwortung handle, bewahren und verstärken sich meine moralischen Impulse im Handeln.

**HK:** Die philosophische und soziologische Fachwelt warnt angesichts der zunehmenden Begeisterung, die die kommunitaristischen Ideen in allen politischen Lagern auch in unserem Land auslösen, vor ihrer allzu forschen Übernahme. Haben Sie ähnliche Bedenken?



Meyer: Ich würde den amerikanischen Kommunitarismus nicht als die große Lösung für Deutschland präsentieren, ihn als eine neue Ideologie favorisieren. Zum einen ist der Kommunitarismus in den USA durch eine eigentümliche Strukturblindheit gekennzeichnet. Die großen strukturellen Fragen etwa im Bereich von Sozialsicherung oder Arbeitslosigkeit thematisiert er kaum. Solche Fragen können auch nicht auf dem kommunitaristischen Weg befriedigend gelöst werden. Überdies ist bei einigen Kommunitaristen, auch bei Etzioni selbst, ein kräftiger Hauch von Tugendterror zu spüren, den ich für ziemlich problematisch halte. Der Appell der Kommunitaristen, gegenseitig ruhig etwas moralischen Sozialdruck auszuüben, kann letztlich zu einer neuen Form von Entsolidarisierung führen. Gerade vor dem Hintergrund der überwiegend illiberalen Tradition der politischen Kultur in Deutschland wird er in jedem Fall eher kontraproduktive Folgen haben. Begrenzt, an der richtigen Stelle praktiziert und in einem vernünftigen Gesamtkonzept, das auch Strukturreformen einschließt, halte ich dennoch den Kommunitarismus für einen vernünftigen Impuls.

HK: Zunächst dient derzeit der Kommunitarismus der politischen Rhetorik erst einmal zum wohlfeilen Schlagwort, vor allem wenn es um die Einschränkung staatlicher Leistungen, um die Entlastung der überstrapazierten öffentlichen Haushalte geht. Dabei ist auffällig, daß die Kommunitaristen scheinbar in allen deutschen Parteien Freunde finden können. Sollte allein nicht das schon skeptisch machen?

Meyer: Wenn der Kommunitarismus zum Alibi werden sollte, mit dem sich die Politik ihre ureigenen Aufgaben vom Hals schafft und auf die Gesellschaft zurückschiebt, wäre der kommunitaristische Impuls zu seinem Gegenteil verkehrt. Es ist merkwürdig, daß sich in allen Parteien starke Befürworter des Kommunitarismus finden. Eine solche inhaltliche Übereinstimmung ist zwar möglich. Aber in allen Parteien gibt es auch Stimmen, die im Kommunitarismus nichts anderes sehen als die Bestätigung dessen, was man ideologisch immer schon vertreten hat – die Liberalen die Eigeninitiative und Selbstvorsorge der Bürger, die Grünen die Basisdemokratie, die Sozialdemokraten eine soziale Demokratie in der Gesellschaft selbst und die Konservativen den Vorrang privater Wohltätigkeit vor gesellschaftlicher Verantwortung.

---

### „Das Vertrauen vieler Bürger in die Politik schwindet“

---

HK: In Ihrem vor zwei Jahren veröffentlichten Buch „Die Transformation des Politischen“ haben Sie eine Diagnose der gegenwärtigen politischen Situation und Kultur vorgelegt, die sich zumindest phasenweise mit der kommunitaristischen Kritik am realen politischen Geschäft deckt. Ihr Fazit läßt sich in den Schlagworten „Entpolitisierung der Politik“, „Entfremdung zwischen Politik und Leben“, „Verschwinden des Politischen“ zusammenfassen. Woran lassen sich diese politischen Dilemmata heute konkret festmachen?

Meyer: Die gegenwärtige Situation ist vor allem gekennzeichnet durch eine Kreislaufbewegung. Einige der ganz wichtigen politischen Aufgaben sind seit langem unerledigt. In erster Linie gilt dies für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die dringend anstehende ökologische Wende und eine umfassende Reform im Bildungsbereich. Zugleich schwindet aber das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die politischen Parteien, in die politische Klasse, in die reale Politik überhaupt. Die Politik leistet nicht mehr das Wesentliche, das sie leisten müßte, und die Bürgerinnen und Bürger haben nicht mehr das Vertrauen, daß sich dies in absehbarer Zukunft ändert. Diese Situation ist ziemlich gefährlich für das Gemeinwesen.

HK: Und warum ist dem so?

Meyer: Die historischen Erfahrungen haben doch gezeigt, daß etwa eine lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit eine fundamentale Destabilisierung der Demokratie, einen umfassenden und tiefgehenden Vertrauensverlust in die Politik mit sich bringt. Die Vernachlässigung der dringlichsten ökologischen Aufgaben, etwa die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, ruft irreparable Schäden hervor. Es gibt also mehr als einen Anlaß, eine Wende im Verhältnis der Politik zu ihren Aufgaben und ein Umdenken im Verhältnis von Bürgern und Politik herbeizuführen.

---

### „Wir leben in einer Verdrängungsgesellschaft“

---

HK: Dabei dürfte der Handlungsbedarf allerdings am wenigsten umstritten sein. Der Reformstau, politische Lähmungserscheinungen, das Fehlen von Kreativität und Denken in Alternativen werden doch allerorten beklagt. Warum findet gerade in den von Ihnen genannten Bereichen die grundlegende Wende aber dann nicht statt?

Meyer: Wir leben in einer Verdrängungsgesellschaft. Die Informationen darüber, welche langfristigen Schäden eine ausbleibende ökologische Wende oder eine vernachlässigte Bildungspolitik verursachen, sind durchaus vorhanden; sie sind sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung bekannt. Aber in der öffentlichen Kommunikation werden diese Informationen immer wieder verdrängt. Für das Handeln auf der politischen Ebene wie für das Handeln des einzelnen Bürgers bleiben sie folgenlos. Ein weiterer Grund kommt noch hinzu. In früheren Zeiten standen die Arbeitslosen in langen Schlangen vor den Schaltern der Arbeitsämter, um sich ihrer Unterstützungsgelder abzuholen. Bei dieser Gelegenheit taten sie sich natürlich auch zusammen, um gegen ihre Situation zu protestieren oder zumindest doch öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Heute sind die Arbeitslosen von der öffentlichen Bildfläche verschwunden, verdrängt aus dem öffentlichen Bild, das die Gesellschaft selbst von sich hat. Sie bleiben abstrakt, fast fiktiv.

HK: Dominiert aber nicht die Arbeitslosigkeit wie kein anderes Thema sonst das öffentliche Gespräch?



**Meyer:** Die Art von Öffentlichkeit, in der die Gesellschaft ihr eigenes Bild entwirft, und die besonders von den elektronischen Medien vermittelt wird, verdrängt die wesentlichen Fragen und Probleme, auch das der Massenarbeitslosigkeit sehr erfolgreich zugunsten von Unterhaltung, von Momenteindrücken, zugunsten eines Präsentismus, der viel mehr als den gegenwärtigen Augenblick nicht kennt. Die öffentlichen Diskurse, auch die öffentlichen Proteste, das Unbehagen und der öffentliche Unwille, der ohne diese Verdrängung entstehen könnte, drücken sich kaum noch aus. Die Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit ist aus der öffentlichen Kommunikation weitgehend gewichen. Der öffentliche Diskurs bleibt aus.

---

### „Der gesellschaftliche Diskurs über Gerechtigkeit und das Gemeinwohl ist bestandsnotwendig“

---

**HK:** Wie müßte sich eine öffentliche Auseinandersetzung gestalten, um die notwendige Ernsthaftigkeit und damit vor allem den nötigen Druck auf die politische Handlungsebene erzeugen zu können?

**Meyer:** Warum findet denn das große gesellschaftliche Gespräch über Gerechtigkeit nicht statt, darüber, wer welche Leistungen in Anspruch nehmen darf, wer welche Opfer zu erbringen hat, darüber, wie in dieser Gesellschaft die Lebenschancen verteilt sind? Die fehlende Auseinandersetzung darüber ist deswegen im höchsten Maße bedauerlich, weil nach wie vor in der Gesellschaft Motivation und Legitimation nur dadurch entstehen, indem Menschen überzeugt werden, daß der Beitrag, der von ihnen für das gesellschaftliche Wohl verlangt wird, sinnvoll und gerechtfertigt ist. Wir wissen doch, daß erwiesenermaßen ein großer Teil unserer Zeitgenossen sich aus enttäuschten Gerechtigkeitserwartungen heraus zurückzieht oder aggressiven, rechtspopulistischen Strömungen zuwendet. Deshalb ist der gesellschaftliche Diskurs über Gerechtigkeit, über das Gemeinwohl und das, was die Gesellschaft zusammenhält, keine Zutat, die man sich luxuriöserweise dann erlauben kann, wenn die anderen Aufgaben erfüllt sind – er ist vielmehr bestandsnotwendig.

**HK:** Wer oder was verhindert denn letztlich das Gespräch über solche grundsätzlichen Fragen? Diejenigen, die an dieser Debatte Interesse haben müßten, werden doch immer mehr. Wie kann sich die Politik aus ihrer Verantwortung auch für den öffentlichen Diskurs über Gerechtigkeit entziehen?

**Meyer:** In zunehmendem Maß verschwinden in der für die Medien inszenierten Politik die diskursiven Elemente. Die ernsthaften und überzeugenden politischen Entwürfe bleiben aus, weil Politiker wissen, wenn sie sich als Person in den Medien nur gut inszenieren, haben sie Chancen auf Erfolg. Wenn sie aber politische Diskurse führen und gar noch in ihrer Argumentation übermäßig differenzieren, sind sie weg

vom Fenster. Wir haben in der Bundesrepublik, nimmt man auch die hinzu, die in den offiziellen Statistiken schon gar nicht mehr auftauchen, real sechs oder sieben Millionen Arbeitslose – eine skandalös hohe Zahl. Jeder weiß, daß Arbeitslosigkeit für den einzelnen nicht einfach nur weniger Geld haben bedeutet, sondern Ausschluß aus vielen Lebens- und Sinnzusammenhängen, daß Arbeitslosigkeit psychisch krank macht. Und doch gibt es keine öffentliche Auseinandersetzung darüber, mit welcher Politik innerhalb einer vor-ausschbaren Zeit, unter angebbaren Bedingungen und angebbaren Mitteln und um welchen Prozentsatz diese Arbeitslosigkeit verringert werden könnte. Es gibt nur vage Bekundungen. In Wahrheit hat sich die Gesellschaft darauf eingerichtet, daß mit dieser Arbeitslosigkeit zu leben ist, daß es schon ein Erfolg ist, wenn sie nicht noch weiter drastisch wächst. Diese Situation läßt sich aber nur als eine tiefgreifende Verantwortungslosigkeit bezeichnen. Wenn darüber nicht öffentlich Rechenschaft verlangt wird, kommt dies einer Bankrotterklärung der Politik und des öffentlichen Diskurses gleich.

---

### „Ein größeres Maß an Verantwortungsbewußtsein und Aufgeklärtheit ist nötig“

---

**HK:** In der Politik fehlen offenbar ernsthafte Lösungsansätze und die Diskussion über grundlegende Alternativen, gleichzeitig fehlt der Druck zur Rechenschaft über die Defizite. Warum kann dieser Teufelskreis so geschlossen bleiben? Zeigt sich daran konkret das „Verschwinden des Politischen“?

**Meyer:** Hier wirken strukturell bedingte Mechanismen, die nicht leicht aufzulösen, die aber auch nicht ganz und gar alternativlos sind. Viele Bürgerinnen und Bürger schließen sich den großen öffentlichen Debatten nicht mehr an, sondern suchen in den öffentlichen Medien nur noch Unterhaltung. Die Bereitschaft, Probleme zu verdrängen, ist enorm. Zwar ist immer noch eine erstaunlich hohe Zahl von Menschen politisch aktiv, in Parteien oder anderen Initiativen. In kleineren zivilgesellschaftlichen Formen, in Bürgerinitiativen, an der Basis der Parteien, auch in den Kirchen findet der geforderte Diskurs über die dringlichsten politischen Aufgaben statt. Das große öffentliche Gespräch, vor allem auch die Politikerdiskurse richten sich jedoch weniger an diese, sondern an das Unterhaltungspublikum. Die politische Botschaft wird dazu auf Unterhaltung reduziert. Politiker wissen, wie kurz die Legitimationszyklen sind. Sie zeigen daher wenig Neigung, die großen mittel- und langfristigen Probleme zu thematisieren und nach deren Lösung zu suchen. Die politische Zeit der Verantwortungsräume und die politische Zeit der Ursache-Wirkungsketten stimmen nicht mehr überein.

**HK:** Die Diskrepanz zwischen den kurzen Legislaturperioden und der sehr langsam erwachsenden Einsicht in die Folgen unseres Handelns oder den dann noch einmal sehr



viel später erst sichtbaren Folgen eines Umdenkens beispielsweise im ökologischen Bereich wird sich kaum verringern lassen...

Meyer: Deshalb wäre ein viel größeres Maß an Verantwortungsbewußtsein und Aufgeklärtheit nötig, auf seiten der Politiker auch mehr Risikobereitschaft. Die Bürger und Bürgerinnen dagegen müßten eine höhere Kritikfähigkeit entwickeln und den eigenen mittel- und langfristigen Interessen gegenüber den kurzfristigen größere Aufmerksamkeit und Bedeutung verleihen.

HK: An Appellen an das politische Verantwortungsgefühl letzterer, an Aufforderungen zu mehr direktem politischem Engagement fehlt es ja nicht. Wie hängen politische Kritik- und Urteilsfähigkeit einerseits und konkretes Engagement andererseits zusammen?

Meyer: Ein Mensch, der selbst nie in politischen Handlungszusammenhängen tätig war und nicht weiß, was es heißt, ein eigenes Interesse, eine eigene Idee mit den Interessen und Ideen anderer zu vermitteln, daraus ein Handlungsprojekt zu entwerfen, dieses Handlungsprojekt wiederum gegen Widerstände in einer komplexen Umwelt umzusetzen und letztlich aus einer ursprünglichen Absicht heraus die Veränderung eines Stückes sozialer Welt hervorzubringen – dieser hat es von Haus aus sehr schwer zu verstehen, was Politik ist und wie Politik abläuft.

---

„Wenn viele politisch tätig sind, können auch viele kompetent und kritisch urteilen“

---

HK: Vor einigen Jahren dominierte das Stichwort Politikverdrossenheit die Schlagzeilen. Die Symptome dafür reichen von resignativer Indifferenz gegenüber dem politischen Alltagsgeschäft bis hin zur zynischen Verachtung der in der Politik Tätigen. Hat auch diese Verdrossenheit letztlich eine ihrer Ursachen in der politischen Abstinenz von immer mehr Zeitgenossen?

Meyer: Wenn viele Menschen politisch tätig sind, sei dies in Gemeinschaftsinitiativen, in Vereinen, in Parteien oder in der Gemeinde, gibt es deshalb auch viele, die realistisch, kompetent und kritisch beurteilen können, was in der Politik möglich ist und was tatsächlich stattfindet. Wenn aber nur relativ wenige solchermaßen engagiert sind, ist das Urteil über die Politik oft einerseits zu milde. Symbolische Inszenierungen in öffentlicher Politikdarstellung und personenbezogene Vertrauenswerbung reichen schon aus, um Zustimmung zu mobilisieren. Andererseits ist oft auch das Urteil über Politik unangemessen scharf, indem zu rasche, zu große und zu umfassende Erfolge angemahnt werden, die in politischen Prozessen, in denen so viele Ideen und Interessen im Spiel sind, gar nicht möglich sind.

HK: Gerade an diesem Punkt knüpfen doch die Kommunitaristen an...

Meyer: Es wäre gut und es ist auch möglich – das zeigt die Erfahrung in Deutschland ebenso wie in anderen Ländern, wo dieser kommunitaristisch Impulse bereits in konkrete Praxis übergegangen ist –, daß sich sehr viel mehr Menschen in kleinräumigen Handlungszusammenhängen mit anderen engagieren und aus diesem Engagement heraus sehr viel klarer und deutlicher in der großen Politik anmahnen, daß das Notwendige auch wirklich geschieht. Das gegenwärtige politische Dilemma verringert sich so in zweifacher Weise: Zahlreiche Probleme ließen sich schon auf der Ebene lösen, auf der sie entstehen. Zugleich würde das politische Spektakel, das wir heute im Fernsehen geboten bekommen, viele weit weniger beeindrucken, und sie würden hartnäckig nach den wirklichen Bilanzen fragen, in bezug auf die Arbeitslosigkeit ebenso wie in bezug auf den tatsächlichen Gehalt an CO<sub>2</sub> und Treibhausgasen. Wichtig dabei ist, daß die Bürgerinnen und Bürger, die aktiv in ihrem Nahraum sind, sich massiver in das politische Geschehen einmischen. Sie müßten sich sehr viel störender und unbequemer einmischen.

HK: Aber nimmt dieses für die politische Kultur unseres Landes so wichtige Engagement in den kleinen Handlungszusammenhängen nicht weiterhin ab? Vergrößert sich nicht die Kluft zwischen der Gesellschaft mit ihren Sorgen und Problemen und der „großen“ Politik?

Meyer: Derzeit lassen sich zwei gegenläufige Entwicklungen beobachten. Abgehoben von der Gesellschaft handeln Politiker als Fachleute für bestimmte Fragen kleine Lösungen in politischen Tauschgeschäften aus, untereinander oder zwischen organisierten Klientelgruppen. Der großen Öffentlichkeit wird gleichzeitig eine gigantische Show vorgeführt, die nichts mit den wirklichen gesellschaftlichen Problemen zu tun hat und nichts mit dem, was in der Politik eigentlich bearbeitet werden müßte. Diese Tendenz wird dabei von einigen Politikologen und Soziologen wie Niklas Luhmann verständnisvoll beschrieben und vor allen goutiert. Eine Politik der Fachleute, die ohne ausreichenden, kompetenten öffentlichen Druck agiert und ein öffentliches Theater für die Massen.

HK: Aber das ist doch längst nicht alles...

Meyer: Dem steht ein anderer Entwicklungsstrang gegenüber. Es gibt doch auch eine große Zahl von Menschen – ob sie wächst, bin ich mir nicht sicher –, die sich von diesem Spektakel abwendet und sich in selbstbestimmten Formen von Politik in ihrer Nahwelt bestimmter Probleme annimmt, aber auch die großen politischen Probleme wirklich diskutiert. Die Beispiele reichen von Patenschaften, die Rentner über Spielplätze und Parkanlagen übernehmen, weil sie wissen, daß der Stadtverwaltung die nötigen Finanzen für diese Aufgabe fehlen, bis hin zu freiwilligen Wachdiensten, um das Kriminalitätsniveau in bestimmten Gegenden nicht weiter wachsen zu lassen.

HK: Liegt in diesen Beobachtungen und den daraus resultie-



renden Appellen nicht doch auch ein Schuß Romantik, die eigentümlich sperrig zur Realität unserer hochkomplexen Gesellschaften und Massendemokratien steht?

Meyer: Die großen gesellschaftlichen Probleme lassen sich so natürlich nicht lösen, etwa die ökologischen Aufgaben, sie können jedoch entlastet, auch substantiell entlastet werden. Es geht aber vor allem darum, daß die Erfahrung zeigt – und es gibt ja in Deutschland bereits ganze landesweit angelegte Programme, um solche ‚kommunitaristischen‘ Initiativen zu fördern –, daß Menschen, die in solchen Initiativen tätig sind, nicht nur einen Teil der Politik eben selber machen und den Staat entlasten. Sie sind zugleich kompetenter und wacher in ihrem Urteil über die großen politischen Fragen. Das heißt nicht, daß ich dabei annehme, daß künftig alle einen Hauptteil ihrer täglichen Zeit mit Politik verbringen werden.

---

„Entscheidend ist eine viel größere Medienkompetenz des einzelnen“

---

HK: Wie läßt sich der Abstand zwischen den beiden von Ihnen beschriebenen Tendenzen wieder verringern? Oder muß man einfach auch mit der Realität einer vom „Leben“ der Gesellschaft abgehobenen Politik leben?

Meyer: In seinem jüngsten Buch über die Rolle der Medien in der Gesellschaft bestimmt Luhmann, deren Rolle müsse es sein, immer wieder neue Themen in die Debatte zu werfen, damit gemeinsame Punkte von Aufmerksamkeit entstehen. Der Gesellschaft bleibt überlassen, was sie aus diesen Themen macht. Daß diese Themen Konstruktionen der Medien sind, die mit der eigentlichen gesellschaftlichen Realität wenig zu tun haben, sei nun einmal so. Mit dieser Einstellung kann die Gesellschaft auf Dauer aber nicht leben. Der Hauptansatzpunkt für die Schließung der Lücke zwischen bürgerschaftlichem Engagement in gesellschaftlichen Zusammenhängen und der Entpolitisierung der Politik durch das Zusammenspiel von Politikern und Medien in dem täglich erlebten politischen Theater liegt in einer viel größeren Medienkompetenz des einzelnen Bürgers.

HK: Legen Sie damit nicht etwas zuviel Last auf nur eine Säule unserer politischen Kultur?

Meyer: Hier anzusetzen ist nicht übertrieben idealistisch in einer Gesellschaft, in der der Medienkonsum einen so weiten Raum einnimmt, die Hauptinformationsquelle die Massenmedien sind und auch die Hauptfreizeitbeschäftigung Massenmedienkonsum ist. In den Schulen die Kulturtechniken des Lesens und Schreibens zu lernen, kann nicht genügen. Die Medienkompetenz muß in allen Bereichen des Bildungssystems so etwas wie ein Hauptfach sein.

HK: Welche Erwartungen lassen sich realistischerweise an eine solche Offensive in Sachen Medienkompetenz richten?

Meyer: In dem, was in den Medien präsentiert wird, muß die Inszenierung, die dahinterliegenden Absichten, die Hände der Inszenierer wahrgenommen werden. Die tägliche Mediendosis darf nicht einschläfernd wirken, sondern muß als wirkliche Informationsquelle dienen. Das Politische verschwindet in der Art, wie in den Medien Politik behandelt wird. Natürlich bleiben die Massenmedien die Massenmedien, sie sind keine politischen Bildungsveranstaltungen, und Medieninszenierungen werden immer eine Rolle spielen.

HK: Welche Gruppierungen und Institutionen können für eine bessere Verbindung zwischen gesellschaftlichem Engagement und „großer“ Politik in die Pflicht genommen werden? Bislang erfüllten diese Aufgabe vor allem doch die politischen Parteien.

Meyer: Die Parteien können Bindeglied zwischen anderen und neuen Formen gesellschaftlicher Politik und dem politischen System sein. Sie müssen dazu jedoch ihr Rollenverständnis überprüfen, damit erstens mehr von der großen Politik in die gesellschaftlichen Diskurse hineingetragen wird und andererseits etwas mehr von dem, was an Interessen und Vorschlägen in der Gesellschaft vorhanden ist, in die große Politik zurückfließt. Die Mitglieder und Manager der Parteien müssen es wieder stärker als ihre Aufgabe betrachten, in den gesellschaftlichen Diskursen und Initiativen moderierend und stützend tätig zu sein. Die starke Innengerichtetheit von Parteiorganisationen muß überwunden werden. Schließlich führt diese doch dazu, daß auch jüngere Leute, die politisch sehr aktiv sind, sich ein politisches Engagement nur an den politischen Parteien vorbei vorstellen können. Der Haupttransmissionsriemen aus der Gesellschaft in das politische System läuft aber weiterhin über die Parteien.

HK: Soll dies auch weiter so bleiben? Muß nicht auch hier über eine andere Rollenverteilung nachgedacht werden? Könnten nicht auch die Parteien einiges an andere politisch engagierte Gruppierungen und Initiativen abgeben?

Meyer: Es ist eine andere Arbeitsteilung notwendig. Es muß klar definiert werden, welches die großen Strukturfragen sind, die im politischen System gelöst werden müssen. Dazu gehören Weichenstellungen für die wirtschaftliche Entwicklung, die Sicherung des Sozialstaates, die großen Entscheidungen in der Ökologie oder die Bildungspolitik. Viele kleinere Aufgaben aber könnten in der Gesellschaft selbst wahrgenommen werden. Einerseits ließe sich sehr viel mehr Politik ohne die Parteien in der Gesellschaft realisieren. Andererseits müßten die Parteien für die kompetentere Erledigung der großen politischen Aufgaben wieder offener sein, um gesellschaftliche Energien und Impulse aufzunehmen und ins politische System hineinzutragen.